



ver.di

# Aus der Vergangenheit gelernt? Flucht- und Arbeitsmigration und gewerkschaftliche Forderungen

KOS Tagung in Beverungen , 8. Juni 2017

Romin Khan, Referent Migrationspolitik, ver.di Bundesverwaltung  
romin.khan@verdi.de



*Migration*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

## Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt

- Laut BMI sind 2015 890.000 und 2016 280.000 Menschen nach D geflohen
- Rund 70 Prozent im erwerbsfähigen Alter
- Laut DIHK beschäftigen rund 11 Prozent der Unternehmen Flüchtlinge
- Anstieg der Beschäftigung aus Hauptfluchtländern bis Ende 2016 um 80.000 Menschen, Anteil von 12 Prozent

## Widersprüchliche Signale aus der Politik

- Zugang zu Integrationsleistungen entlang der Spaltung zw. Flüchtlingen mit „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive
- Ausschluss von Integrations- und Sprachkursen für große Gruppen
- Rückkehr der Arbeitsverbote
- Asylloterie in den Entscheidungen und generelle Absenkung des Schutzstatus

## Fehlende Lernbereitschaft der Politik

*„Ob sich der Rassismus ausbreitet, hängt damals wie heute in besonderer Weise auch von den politischen Entscheidungen ab, die die Lage der Flüchtlinge und MigrantInnen bestimmen.*

*Hier muss neuerlichen Formen von Stigmatisierung und Entrechtung vorgebeugt werden, da diese nicht zuletzt auch dazu beitragen, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu untergraben.“*

Frank Bsirske, Migrationspolitische Tagung im  
September 2016

## **Gastarbeiterzeit, Anwerbestopp und frühere Fluchtmigration**

- Bis zu vierjährige Arbeitsverbote für Flüchtlinge und gesellschaftliche Exklusion
- Arbeitsrechtliche Gleichstellung wurde durch das Ausländerecht unterhöhlt
- Prekäre Wohnverhältnisse & Aufenthaltsrechte
- Keine Verdrängung, sondern Unterschichtung des Arbeitsmarkts durch GastarbeiterInnen
- Erschwerung von Familiennachzug/Erhalt der „Rückkehrfähigkeit“,

## Strukturelle Diskriminierung wirkt nach

- Um 14 % sinkt die Chance eines Bewerbers mit türkischem Namen zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden - trotz gleicher Qualifikation.
- Nur 17% der AusländerInnen und 22 % der Beschäftigten mit Migrationshintergrund lassen sich betrieblich weiterbilden, ggü 38 % der Dt.
- 21,5 % geringer fiel 2015 das durchsch. Einkommen von Ausländern zu dt. Beschäftigten aus, 2000 lag der Unterschied noch bei 8,3 %

## Ähnlichkeiten zum heutigen Umgang mit Flüchtlingen

- Vorrang aufenthaltsrechtlicher und kontrollpolitischer Logik
- Arbeitsverbote für ungewollte Gruppen
- Ausweitung der Sanktionspraxis auf Flüchtlinge mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen (ohne emp. Grundlagen)
- Kopplung der Aufenthaltsrechte an die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt

## Unterschied: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

- Kein Mangel an Maßnahmen, sondern an inhaltlicher und zeitlicher Abstimmung
- z.t. Aktionismus und Symbolpolitik, statt sinnvoller Investitionen (Bsp. AGH/FIM, 1-Euro bzw. 80 Cent Jobs für Flüchtlinge)
- Regionale Abschaffung der Vorrangprüfung ohne Verpflichtung zur Umsetzung der Prozesse seitens Ausländerbehörden



## **Integration braucht Begleitung und Unterstützung**

- Integration dauert länger als jede Maßnahme
- „Integrationsversagen“ oder Versagen der Systeme Arbeits-, Wohnungsmarkt, Schule?
- Notwendig einer Begleitstruktur entsteht u.a. durch den Rechtskreiswechsel SGB III zum SGB II nach Anerkennung
- In den Betrieben braucht es (freigestellte) Mentoren und Lotsen als Ansprechpartner

## **Integration braucht gleiche Rechte**

- Planbarkeit und Sicherung der Lebensumstände
- Recht auf Familienzusammenführung
- Wohnung und freie Wohnortwahl
- Chance auf dauerhaften Aufenthalt
- Zugang zum Gesundheitssystem

## Effekte der aktuellen Politik

- Steigerung der Erpressbarkeit von (jungen) Flüchtlingen durch Ausbildungsduhlung und Aufenthaltsbestimmungen
- Verstärkte Konkurrenz im Niedriglohnsektor , Zunahme der Leiharbeit
- Rückkehr der Illegalisierung
- Erschwerung kollektiver Organisierung

## Gewerkschaftliche Herausforderungen

- Aufklärung über Arbeitsrechte muss Teil von Integrations- und Sprachkursen werden
- Demokratische Rechte gegen Ausbeutung und Willkür müssen Teil Wertevermittlung sein
- Gleiche Standards verteidigen/weiterentwickeln
- Aufenthaltsrechte bestimmen Arbeitsrechte und Zugang zum Arbeitsmarkt. Gewerk. Unterstützung muss über die Arbeit hinaus wirken

Danke für Eure Aufmerksamkeit!

## **Beschäftigung und Qualifizierung stärker verknüpfen**

- Ausbau des (Berufs-)Bildungssystems und Aufwertung der sozialen Berufe notwendig
- Verbindung von Qualifizierung, Integrationskurs, Spracherwerb und Arbeit (auch für Dienstleistungsberufe)
- Tarifliche Regelungen für betriebliches Integrationsjahr und Einstiegsqualifizierungen nutzen bzw. schaffen